

AGRARGEMEINSCHAFTEN OSTTIROL

Fette braune Suppe

Ein Großteil der Osttiroler Agrargemeinschaften wurde mithilfe der Nazis gegründet. Ex-Oberstaatsanwalt Eckart Rainer ist einer der satten Nutznießer dieser doppelt abstoßenden Rechtswidrigkeit.



Eckart Rainer, ehemals Oberstaatsanwalt, ist Mitglied der Agrargemeinschaft Panzendorf

Dr. Wolfram Haller hat insgesamt weit über 100 Osttiroler (angebliche) Fraktionsagrargemeinschaften reguliert. Jede seiner Entscheidungen, die der LAS (der Tiroler Landesagarsenat, Anm.) bisher nachvollzogen hatte, wurde als richtig bestätigt“, schrieb Georg Danzl, Obmann der Plattform Agrar, am 5. Jänner 2011 in seinen Grußworten für ein gutes neues Jahr, und hält fest: „Dr. Wolfram Haller hat perfekte Arbeit geleistet.“

Dass dieser Dr. Wolfram Haller die so „perfekte Arbeit“ mit zum Hitlergruß erhobener Hand geleistet und zigfach mit „Heil Hitler“ unterzeichnet hat, erwähnt Danzl nicht. Dass dieser Dr. Wolfram Haller Jurist und Beamter des totalitären Naziregimes war, auch nicht. Nein, der an vorderster Front für den

Kampf der Agrargemeinschaften gegen die Gemeinden und gegen die Verfassung verantwortliche Georg Danzl bezeichnet Haller als „Schutzpatron der Osttiroler Agrargemeinschaften“.

Es ist eine eigenartige Verherrlichung des Naziregimes, zu welcher sich Danzl da im Sinne seiner Schutzbefohlenen hinreißen lässt, der noch ein Stück weitergeht, wenn er festhält: „Heute ernten die Osttiroler Agrargemeinschaften die Früchte ihres seinerzeitigen Widerstandes gegen die absurden Theorien der Gemeindefraktion.“

Sind die Argumente der Plattform im Allgemeinen schon kaum zu ertragen und rechtlich nicht haltbar, so sind sie im Zusammenhang mit der Gründung der Osttiroler Agrargemeinschaften im Speziellen derart

grenzüberschreitend, dass der Atem stockt. Der Plattform scheint jedes Argument recht zu sein, selbst wenn sie damit den finstersten Jahren des 20. Jahrhunderts applaudiert und Nazi-Schergen glorifiziert. Hauptsache, die standen jenen hilfreich zur Seite, deren Interesse dem Raub des Gemeindeguts galt. Dass die Osttiroler Bauern dafür mit den Nazis kollaborierten, deren Blut- und Bodenideologie in ländlichen Bereichen weder unbekannt noch unwillkommen war, wird dabei nicht hinterfragt.

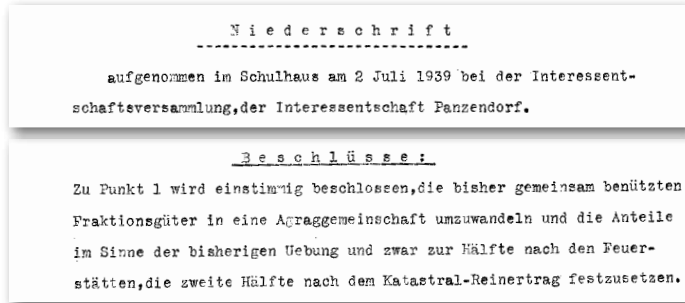
Die Geschichte der Agrargemeinschaften in Osttirol ist großteils eine andere als jene der Agrargemeinschaften in Nordtirol. Die Gemeinden Nordtirols wurden ab den 1950er Jahren sukzessive entmachtet und „offenkundig verfassungswidrig“ ihres Gemeindeguts entledigt. Rädelsführer dabei war der spätere Landeshauptmann Eduard Wallnöfer, und es sollte ein halbes Jahrhundert dauern, bis die Rechtlosigkeit und Skrupellosigkeit der Vermögensverschiebungen zugunsten der Agrargemeinschaften öffentlich bekannt wurden. In Osttirol wurden die sogenannten Regulierungen nicht minder verfassungswidrig, rechtlos und skrupellos in die Wege geleitet. Doch kommt in Osttirol hinzu, dass die flächendeckende Entmachtung der Gemeinden zugunsten alteingesessener Bauersfamilien mit dem „Heil Hitler“-Gruß beantragt und genehmigt worden war. Zur Zeit des Dritten Reichs war Osttirol dem Gau Kärnten zugeschlagen worden. Dieser Umstand bereitete den Osttirolern keine allzu große Freude. Und zur schlechten Stimmung trug auch hier bei, dass der Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich auch die Einführung der Deutschen Gemeindeordnung mit sich brachte.

Ab 1. Oktober 1938 galt damit auch der § 1 der diesbezüglichen Verordnung und der lautete: „Ortschaften, Fraktionen und ähnliche innerhalb einer Gemeinde bestehende Verbände, Körperschaften und Einrichtungen gemeinderechtlicher Art werden mit dem Inkrafttreten der Deutschen Gemeindeordnung aufgelöst. Ihr Rechtsnachfolger ist die Gemeinde ...“

Seit jeher waren die Fraktionen extrem schwammige Gebilde gewesen. Es existierte keine genaue Karte, die Fraktionsgebiete waren nirgendwo klar abgegrenzt und selbst einzelne Häuser oder Höfe konnten mal zu dieser, mal zu jener Fraktion zählen. Es gab kaum Urkunden und auch keine Grundbücher, in denen irgendwelche Verhältnisse festgehalten waren. Trotzdem waren die

Fraktionen nicht unwesentliche Identitätsgebilde für die Bauern, die ihre Nutzungsrechte am öffentlichen Fraktionsgut sehr gern als Herrschaftsrechte betrachteten. Und nun mussten sie nicht nur das Auflösen der Fraktionen bzw. die Vereinigung mit den verwaltungstechnisch längst schon übergeordneten Gemeinden, sondern auch den Untergang des Fraktionsguts anerkennen.

In Nord- wie in Osttirol wird die Abschaffung der Fraktionen mit als Auslöser für die Gründung der Agrargemeinschaften betrachtet. Obwohl die Fraktionen nie eine nennenswerte rechtliche Relevanz hatten und auch die vereinzelt Selbstverwaltungsrechte der teils entlegenen Ortsteile und Weiler durch die verkehrstechnische Erschließung ihres Sinns verlustig gegangen waren, hatte sich in den Köpfen der Fraktionsbauern ein grundherrschaftlicher Geist verfestigt, der sich aufgrund einer Verordnung nicht in Luft auflöste. Dieser Geist hatte einen durchaus streitbaren Charakter. So wird



Rund 130 Agrargemeinschaften wie Panzendorf wurden im Dritten Reich mit „Heil Hitler“ gegründet

etwa die Tatsache, dass in den Anfang des 20. Jahrhunderts angelegten Grundbüchern vielfach die Fraktionen genannt wurden, darauf zurückgeführt, dass die bloße Nennung der Gemeinde gefürchtete Gegenwehr bei den Bauern ausgelöst hätte. An der Beschaffenheit des öffentlichen Guts, welches der Landesfürst ab 1847 den Tiroler Gemeinden und ausdrücklich nicht einzelnen Bewohnern übertragen hatte, änderte dies nichts.

In Osttirol waren die nunmehr zum Gau Kärnten zählenden Bauern jedenfalls doppelt erfreut, als mit Wolfram Haller ein Jurist der Agrarbehörde Villach daran ging, die Bau-

ern wohlwollend zu stimmen und den sogenannten „Reichsnährstand“ zu beglücken, indem er ihm das Gemeindegut zuschanzte. So rasch wie angesichts dessen die Hände in den Osttiroler Dörfern zum Hitler-Gruß emporschnellten wurde die Aktion auch durchgezogen.

Im März 1938 war Österreich Teil des nationalsozialistischen Systems unter Adolf Hitler geworden. Und Anfang

Mai 1939 richtete beispielsweise Josef Mair für die Fraktion Panzendorf (die Gemeinde Panzendorf wurde 1974 mit der Gemeinde Tessedorf zur Gemeinde Heinfels zusammengelegt) einen „Antrag zur Regulierung“ an die Agrarbezirksbehörde Villach. Im nächsten Schreiben, welches er am 2. Juli 1939 an die Agrarbehörde Villach richtete, bezeichnete sich Josef Mair bereits als Obmann und schrieb: „Wir stellen den Antrag und ersuchen höflichst, die Fraktion Panzendorf in eine Agrargenossenschaft umzuwandeln [...] Gleichzeitig stellen wir das Ansuchen, die weiteren Verhandlungen in der Ortschaft

„Qualitätsbeweis für unsere Kundenorientierung!“

Generali. Wissma-Kundenzufriedenheitsstudie bestätigt Top-Positionierung der GENERALI.



Regionaldirektor Arno Schuchter: „Die positiven Umfrageergebnisse machen das starke Engagement unserer Mitarbeiter und Vertriebspartner deutlich. Nur durch deren Einsatz ist eine derart hohe Kundenzufriedenheit möglich.“

Die GENERALI, Österreichs drittgrößter Versicherer, steht für das, was dem Kunden bei seinem Versicherer am wichtigsten ist: Kompetenz, Vertrauen und eine unbürokratische Schadenabwicklung. Bei Letzterer bescheinigt

eine österreichweite Kundenumfrage des Instituts Wissma dem „geflügelten Löwen“ absolute Bestnoten.

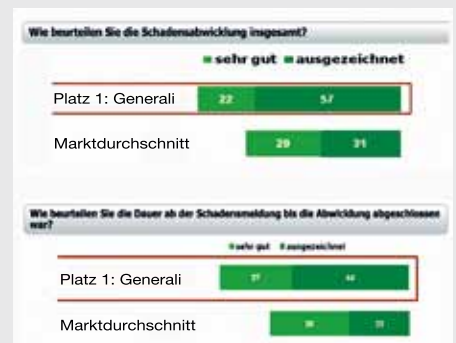
ÜBERWIEGEND „AUSGEZEICHNET“

Nicht weniger als 79 % (!) der befragten GENERALI-Kunden mit einem Schadenfall in den Bereichen Kfz-Kasko, Rechtsschutz oder Haushalt-Eigenheim beurteilten die Schadenerledigung mit „Ausgezeichnet“ bzw. „Sehr gut“. Mit diesem Wert liegt die GENERALI im Marktvergleich auch am weitesten über dem Österreich-Schnitt (60 %). „Aber auch bei wichtigen Teilkriterien der Umfrage wie der Dauer der Schadenregulierung oder der Schadenzahlung liegen wir deutlich in Front“, freut sich Arno Schuchter, GENERALI Regionaldirektor für Tirol und Vorarlberg.

HERAUSRAGENDES SEGMENT KFZ

„Wissma verdeutlicht zudem, dass wir als

größter Kfz-Versicherer des Landes auch in diesem Segment unsere hohen Qualitätsvorstellungen bestens umsetzen“, so Schuchter. „Ein Zufriedenheitswert von 81 % (!) in der obersten Bewertungsstufe für die „Unbürokratische Schadenabwicklung“ bei Kfz-Kasko und 75 % bei Kfz-Haftpflicht sowie die über 80 % bei Kompetenz und Freundlichkeit von Sachbearbeitern und Sachverständigen bestätigen dies.“



Panzendorf zu führen. [...] Mit der nochmaligen Bitte, die weiteren Arbeiten ehestens in Angriff zu nehmen zeichnet mit Heil Hitler! Obmann: Josef Mair.“

Die Panzendorfer hatten es eilig. Das war die Chance, ihre eigene Blut- und Bodenideologie in eine Form zu gießen, an deren Krupp-Stahl-Härte sich die Gemeinde mit ihren rechtschaffenen Ansprüchen die Zähne ausbeißen konnte. Brief, Siegel und Segen des Naziregimes waren zu jener Zeit ein Schutzschild, gegen welches sich nur Menschen mit Todessehnsucht auflehnten.

wohnen, laut Herold, so gut wie alle Heinfelder Bürger mit dem Nachnamen Rainer in Panzendorfer Häusern. Im Haus Panzendorf 4 wird ein Dr. Eckart Rainer angeführt. Eckart Rainer lebt nicht ständig in Heinfels, sein Hauptwohnsitz ist in Innsbruck. Mitnichten ist er ein Landwirt und doch ist er eines der prominentesten Mitglieder der Agrargemeinschaft. Ein maßgebliches Mitglied, wie es heißt. Ein satter Nutznießer der Früchte aus der Nazizeit.

Wem der Name Eckart Rainer bekannt vorkommt, der verbindet ihn im ersten

Bis Ende 2010 war Eckart Rainer Chef der Innsbrucker Anklagebehörde gewesen und nie hatte er die Mühlen der Justiz im Zusammenhang mit den Agrargemeinschaften in Gang gesetzt. Als leitender Jurist musste er selbstverständlich über das gigantische Unrecht Bescheid wissen, das die Tiroler Gemeinden ereilt und das über die Jahrzehnte so zahlreiche, strafrechtlich relevante Verdachtsmomente aufgeworfen hatte. Dem leitenden Juristen hätte auch der § 54 der Tiroler Gemeindeordnung bekannt sein müssen, laut dem er seine Mitgliedschaft bei der Agrargemeinschaft Panzendorf zumindest überdenken hätte müssen. Heißt es im § 54 doch: „Gehören zu einer Stammsitzliegenschaft weder Wohn- und Wirtschaftsgebäude noch landwirtschaftliche Grundstücke in dem für die Haltung einer Großvieheinheit erforderlichen Mindestausmaß, so ist das mit ihr verbundene Anteilsrecht als erloschen zu erklären.“ Wer, wenn nicht der Oberstaatsanwalt, hätte diesen Paragraphen ernst nehmen und seine Anteile an der Agrargemeinschaft, sollte er keine Großvieheinheit in seiner Stammsitzliegenschaft entdeckt haben, dem Gesetz entsprechend der Gemeinde übertragen müssen?

Wie auch immer, es war auffallend, dass die Staatsanwaltschaft Innsbruck auch nach dem Erkenntnis des VfGH vom Juni 2008 keinen Mucks von sich gab. Ganz langsam erst beginnt die Staatsanwaltschaft derzeit, dieses zuvor so hartnäckig geschlossene Auge zu öffnen, doch der Geist, den Rainer offenbar in seiner Ex-Behörde hatte spuken lassen, hält sich hartnäckig. Und mit ihm das Entsetzen darüber, in welche Höhen die Ignoranz zugunsten der Unrechts-Nutznießer zu reichen vermag. Bitter sind die Schlüsse, die daraus gezogen werden dürfen.

Nach jener Agrargemeinschaft, in der Rainer Mitglied ist, wurden in Osttirol zahlreiche Agrargemeinschaften mit dem Segen des Terrorregimes gegründet. In rund 130 Fällen wandten sich die eigentumsanmaßenden Bauerngruppen an die Behörde in Villach und wurden durch sogenannte „Haller'sche Urkunden“ – nicht minder verfassungswidrig als ein paar Jahre später ihre Nordtiroler „Kollegen“ – zu Herren über das Gemeindegut.

Am 30. September 1941 war, um die Sache rasch voranzutreiben, sogar ein „Reiseplan“ erstellt worden, laut dem eine Kommission den einzelnen Gemeinden bzw. Fraktionen terminlich angekündigt wurde, um die „Klärstellung der Nutzungsrechte an Gemeinde-



Interviews mit Josef Guggenberger machten die Osttiroler auf die braune Vergangenheit vieler Agrargemeinschaften aufmerksam

Am 2. Juli 1939 hatten jene Panzendorfer, die ihre Holz- und Weidenutzungsrechte in Eigentumsrechte verwandeln wollten, sich im Schulhaus getroffen und dann festgehalten: „Zu Punkt 1 (Umwandlung der Fraktionsgüter in eine Agrargenossenschaft und Festsetzung der Anteile für die einzelnen Interessenten, Anm.) wird einstimmig beschlossen, die bisher gemeinsam benützten Fraktionsgüter in eine Agrargemeinschaft umzuwandeln und die Anteile im Sinne der bisherigen Uebung (...) festzusetzen.“ Insgesamt wurden 720 Anteile an 31 in der Abschrift angeführten Hausnummern vergeben.

Auffallend ist, dass die Häuser mit den Nummern 4, 5 und 10 einem Alois Rainer zugeschrieben wurden, der mit 157 von 720 Anteilen das größte Stück des Panzendorfer Kuchens bekam. In der Liste der ersten Mitglieder der Agrargemeinschaft Panzendorf wird auch ein Josef Rainer genannt. Heute

Atemzug mit Recht und Ordnung und Gesetz und Gerechtigkeit. Beim zweiten Atemzug kommen aufmerksameren Beobachtern Skandale, wie etwa jener um den „breitenwirksamen“ Osttiroler Bauernhof der Ex-Landesrätin Anna Hosp in den Sinn, in welchen Eckart Rainer insofern involviert war, als dass er zugunsten der Landesrätin auf das Vorkaufsrecht für diesen Hof verzichtet hatte. Auch im Zusammenhang mit der unsäglichen Beweisgeschichte im Schweinsager-Prozess gegen den Internet-Aktivist Markus Wilhelm war Eckart Rainer der Nähe zur Regierungsbank im Allgemeinen und zum damaligen Landeshauptmann Herwig van Staa im Speziellen verdächtigt worden. Immerhin war er es gewesen, der aufgrund der Schweinsager-Geschichte die Justizmühlen gegen Wilhelm in Gang gesetzt hatte. In seiner Eigenschaft als leitender Oberstaatsanwalt.

FLUGPLATZ LIENZ

Turbulenzen

Rund um den Flugplatz
Lienz-Nikolsdorf überschlagen
sich die Ereignisse. Es wird
immer bunter. Und verdächtiger.



Bruchlandung am Flugplatz: Nachspiel vor Gericht

Wer dieses Chaos durchblicken soll, braucht eine echt gute Brille. Sumpf ist gemeinhin gänzlich undurchschaubar – auch für den Aufsichtsrat des für den Flugplatz Lienz-Nikolsdorf nach wie vor verantwortlichen TVB Osttirol (TVBO), der dort nicht durchzublicken scheint. Viele Meldungen deuten darauf hin, dass er das noch nie wirklich tun konnte, schlicht, weil er über kaum etwas Bescheid wusste, was dort am Platz passierte.

Mit dem Start- und Landeverbot für den Verein Lienz Flyers kochte die eigentümliche Suppe erstmals hoch. Zwischenzeitlich wurde das Flugverbot durch den TVB zwar dezidiert aufgehoben, doch die Betriebsleitung hat anderes im Sinn. So wurden der Verein von Betriebsleiterin Andrea Moser mit unsinnigen Enthaltungserklärungen konfrontiert und es wurde vermutet, dass sie die eindeutige Entscheidung des TVBO schlicht nicht umsetzen wollte. In einem Brief an den Verwalter des Flugplatzes, Klaus Blätterbauer, hielt sie zudem fest, dass sie das Verhalten des TVB-Aufsichtsrats als „höchst anmaßend“ empfindet. Der anmaßend agierende Aufsichtsrat, den Moser eigentlich als Chef betrachten müsste, ist aber Mosers geringeres Problem. So wurde im Rahmen einer Verhandlung am Bezirksgericht Lienz jüngst die Frage aufgeworfen, warum Andrea Moser bzw. deren Firma

offensichtlich schon im Jahr 2010 mit einer monatlichen Pauschale von 1500 Euro für die Betriebsleitung beglückt wurde. Andrea Moser war bis 2011 bei der Tyrolean beschäftigt und wurde, laut Mitteilung der BH Lienz, erst ab 1. März 2011 mit der Betriebsleitung am Flugplatz betraut. Stimmen diese Geldflüsse, so könnte das nicht nur den TVBO, sondern auch die eine oder andere Ermittlungsstelle interessieren.

Apropos Ermittlungen. Die Staatsanwaltschaft Innsbruck hat gegen einen recht prominenten Spieler am Flugplatz-Schachbrett in Lienz Anklage erhoben. Der Osttiroler Arzt und Pilot muss sich am 7. Mai 2012 unter anderem wegen des Verdachts des schweren Betrugs verantworten. Den Unfall mit einem Ultralight-Flugzeug hat der Arzt demnach möglicherweise anders dargestellt, um die Versicherung zur Zahlung des Schadens zu bewegen. Und dabei zu betrügen?

Der Flugplatz scheint auch gefährliches Terrain für die Aufsichtsräte des TVBO zu sein. Am Abend des 18. April 2012 trafen sie sich extra, um über die

Zukunft des Flugplatzes zu sprechen. Damit der Platz für die Flieger des Bezirks und für Gäste erhalten bleiben kann, muss investiert und dafür ein Partner gefunden werden, der auch den Betrieb des Flugplatzes übernimmt. Wie mehrfach berichtet, stimmt beim Flugplatz Lienz-Nikolsdorf kaum etwas Relevantes mit den gesetzlichen Vorgaben überein. Die Piste ist dabei das Augenscheinlichste, Ausnahmegenehmigungen beherrschen das Bild und die Zeit drängt. Vor der Sondersitzung hatte das Gerücht die Runde gemacht, dass der Chef des Planungsverbandes Lienzer Talboden, der Dölsacher Bürgermeister Josef Mair, mit einem neuen Betreiber auftauchen und das Thema ein für alle Mal aus der Welt schaffen wolle. Es blieb beim Gerücht, die TVB-Aufsichtsräte gerieten sich ob der zahlreichen Fragwürdigkeiten in die Haare – und heraus kam nichts. Bis Ende Mai 2012 haben sie noch Zeit, einen neuen Betreiber zu finden. Es gibt auch Interessenten. Die Glockner Airport Development Group mit Sitz in Salzburg hat ein Konzept ausgearbeitet und ist am Flugplatz interessiert. Doch ihr werden von TVBO-Obmann Franz Theurl mit dem Hinweis auf Vertraulichkeit und Verschwiegenheitspflicht wichtige Informationen vorenthalten. Wer dieses Chaos durchblicken soll, braucht wirklich eine echt gute Brille.

Alexandra Keller

waldungen“ durchzuführen. Zwischen 13. und 21. Oktober 1941 war diese Kommission in 23 Osttiroler Gemeinden – zwischen Nussdorf, Leisach, Hopfgarten, Kals, Villgraten, Tristach und Dölsach – unterwegs. „Im Handstreich waren die Gemeinden ihr Gemeinde- bzw. Fraktionsgut los“, weiß der ehemalige Chef der Tiroler Agrarbehörde, Josef Guggenberger. Seine diesbezüglichen Interviews in Osttiroler Medien machten nicht nur die Bevölkerung des Bezirks Lienz erstmals auf die braune Vergangenheit vieler Osttiroler Agrargemeinschaften aufmerksam. Sie waren auch Anlass für den Landtagsklub der Tiroler FPÖ, einen Dringlichkeitsantrag mit dem Titel „Haller’sche Urkunden für ungültig erklären, um Gemeinden ehemalige Gemeinde- und Fraktionsgrundstücke rückzuübergreifen“ an den Tiroler Landtag zu richten.

Im Zuge seiner Sitzung vom 28. März 2012 hätte der Landtag die Landesregierung demnach ersuchen sollen, „die Bundesregierung zu ersuchen, die sogenannten Haller’schen Urkunden auf ihre gesetzliche Konformität zu überprüfen und falls möglich ein Gesetz bzw. eine Verordnung zu erlassen, in wel-

„Im Handstreich waren die Gemeinden ihr Gemeinde- bzw. Fraktionsgut los.“

Josef Guggenberger, ehem. Leiter der Agrarbehörde

chem die Rechtsgültigkeit dieser Urkunden aberkannt wird“. Gegen die Stimmen des Bürgerforums, der FPÖ und der Grünen wurde der Antrag von der Landtagsmehrheit abgelehnt. Damit machten die Tiroler Regierungsparteien deutlich, dass sie sich nicht einmal, wenn es sich um eine fette braune Suppe handelt, zu einer raschen Auflösung der Unrechtsregimes auf den Tiroler Gemeindegründen hinreißen lassen.

Den ehemaligen Oberstaatsanwalt wird das möglicherweise freuen. Und den Obmann der Plattform Agrar, Georg Danzl, nicht minder. Ohne entsprechenden Kommentar und ohne entsprechende Reaktion durch den VP-dominierten Tiroler Soverän, dürfen die Mitglieder der Agrargemeinschaften in Osttirol weiterhin die Früchte der „perfekten Arbeit“ des Nazi-Schergen genießen. Ein mehrfach abstoßendes Bekenntnis.

Alexandra Keller